



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 73 - Plenarwoche 7. - 11. Juli 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen - Deutschland drittgrößtes Empfängerland

Deutschland war auch im vergangenen Jahr wieder drittgrößter Empfänger von EU-Geldern. Der Rückfluss aus dem Gemeinschaftsbudget 2007 betrug 12,5 Mrd. €. Insgesamt gaben die 27 EU-Mitgliedstaaten 114 Mrd. € von den zur Verfügung stehenden 115,5 Mrd. € aus dem EU-Etat aus. Fast die Hälfte der Ausgaben entfiel im vergangenen Jahr auf die vier Mitgliedstaaten Frankreich (13,9 Mrd. €), Spanien (12,8 Mrd. €), Deutschland und Italien (11,3 Mrd. €). Die zwölf neuen Mitgliedstaaten hatten 2007 einen Anteil von rund 17% an den gesamten EU-Ausgaben. Die größte Summe erhielt Polen mit 7,8 Mrd. €. Ein Großteil der Mittel (105 Mrd. €) wurde von den Mitgliedstaaten vor Ort ausgegeben. Größter Empfänger von Geldern aus den Strukturfonds war 2007 wiederum Spanien, gefolgt von Griechenland, Italien und Deutschland. Frankreich erhielt wie in den Vorjahren mit rund 10 Mrd. € etwa 20% der EU-Agrarmittel. Spanien und Deutschland liegen mit jeweils 7 Mrd. €, was nicht ganz 13% entspricht, etwa gleichauf dahinter. Rund 227 Mio. € gingen den Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr verloren, weil sie diese gebundenen Mittel nicht angefordert haben. Den größten "Verlust" verbuchte Deutschland mit 66 Mio. €, den höchsten Anteil verlor Luxemburg mit 3,5 Mio. €, das ist etwa ein Viertel der ihm zustehenden Mittel.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Emissionshandel im Luftverkehr ab 2012

Alle Fluggesellschaften (z. B. auch amerikanische), die in Europa starten und landen, werden ab 2012 in den EU-Emissionshandel einbezogen. Dies hat das EP mit großer Mehrheit beschlossen. 85% der Emissionshandelszertifikate werden kostenlos verteilt, 15 Prozent versteigert. Das Ziel zur Reduktion der Emissionen ist berechnet auf Basis der Emissionen der Jahre 2004-2006: in der ersten Periode (2012) 3 Prozent, in der zweiten Periode (ab 2013) 5 Prozent. Das Emissionshandelssystem basiert auf folgendem Prinzip: Die Unternehmen erhalten Zertifikate, die zum Ausstoß einer genau festgelegten Menge Kohlendioxid berechtigen. Werden die Ziele durch eigene Minderungsmaßnahmen erreicht, kann das Unternehmen nicht benötigte Zertifikate am Markt verkaufen. Alternativ muss es Zertifikate am Markt zukaufen, wenn eigene Minderungsmaßnahmen teurer würden oder Flugzeuge dazu gekauft würden. Die Auktionseinnahmen sollen zur "Bekämpfung" des Klimawandels, insbesondere für Forschung, für saubere Flugzeuge, zur Bekämpfung von Abholzung in der Dritten Welt, zur Finanzierung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien sowie zur Unterstützung von emissionsarmen Transportsystemen (u.a. Bus und Bahn), genutzt werden.

2. Mehr Preistransparenz bei Flugtickets

Das EP hat beschlossen, dass Passagiere künftig über den tatsächlichen Flugpreis sowie über alle anfallenden Kosten wie Steuern, Flughafengebühren oder andere Abgaben informiert werden müssen. Auf diese Weise will das EP für mehr Preistransparenz bei Flugtickets sorgen und

missverständlichen Preisauskünften entgegentreten. Passagiere erhalten künftig neben dem Endpreis eine vollständige Aufschlüsselung des Flugpreises, der Steuern, der Flughafengebühren und der sonstigen Gebühren, Zuschläge und Entgelte, wie etwa diejenigen, die mit der Sicherheit oder dem Kraftstoff in Zusammenhang stehen. Bislang werden Flugpreise vielfach ohne Angaben solcher Kostenfaktoren veröffentlicht.

3. Neue EU-Gesetzgebung zu Lebensmittelzusatzstoffen

Derzeit gibt es rund ein Dutzend EU-Regelungen zum Umgang mit Lebensmittelzusatzstoffen. Diese sollen nun durch vier neue Verordnungen vereinfacht, erneuert und mit den neuesten wissenschaftlichen Ergebnissen in Einklang gebracht werden. Die erste Verordnung umfasst eine EU-weite "gemeinsame Zulassung" von Zusatzstoffen, Enzymen und Aromen. Die drei weiteren Verordnungen befassen sich detailliert mit jeder dieser drei Kategorien. Darin finden sich unter anderem Listen zulässiger Produkte sowie Bedingungen und Regelungen für deren Kennzeichnung. Die neue "gemeinsame Zulassung" trägt zum freien Verkehr von Lebensmitteln innerhalb der Gemeinschaft bei. Die menschliche Gesundheit sowie der Verbraucherschutz stehen dabei im Vordergrund.

4. Reform des EU-Erdgasmarktes

Das EP tritt weiterhin für eine strenge Trennung von Energieerzeugung und Leitungsnetzbetrieb ein. Die Abgeordneten unterstützten die Vorschläge der EU-Kommission für einen Zwangsverkauf der Leitungsnetze. Zwar wollen die Parlamentarier im Gasmarkt - anders als im Strommarkt - auch eine Alternative zulassen, bei der die Energiekonzerne unter Auflagen Eigentümer der Gasleitungen bleiben dürfen. Jedoch will das EP in diesem Fall strengere Bedingungen, als sie von den EU-Energieministern bei ihrer Grundsatzvereinbarung Anfang Juni vereinbart wurden. Zusätzlich zu zahlreichen gesellschaftsrechtlichen Auflagen fordert das EP auch, dass ein Treuhänder benannt wird, der dem Mutterkonzern unter anderem vorschreiben sollte, wen er in den Aufsichtsrat der Netztochter entsenden darf. Dieser Treuhänder soll von der nationalen Regulierungsbehörde eingesetzt werden. Diese Auflage geht Entflechtungs-Gegnern zum Beispiel in Deutschland und Frankreich zu weit. Außerdem sprach sich das Parlament dafür aus, auch den Zugang von Unternehmen zu Gasspeichern zu regulieren. EU-Staaten und Parlament müssen sich einigen, bevor der Richtlinienvorschlag Gesetz werden kann.

III. Weitere Themen waren

- EU soll eine stärkere Rolle in Afghanistan spielen
- Haushalt 2009
- Umweltverträglichkeit der Ostsee-Pipeline
- Regelung für Gründung von Fraktionen
- Kultur der Mobilität in der Stadt
- Arbeit der Europäischen Zentralbank
- Innovative Energietechnologien für mehr Effizienz
- Prioritäten der EU für die UN-Generalversammlung
- Subventionen für Airbus und Boeing
- Datenschutz bei Koordinierung der europäischen Sozialversicherungssysteme
- Wahlen in Simbabwe

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
